

Integrierte Gesamtschule als einziges Modell zukunftsfähig

Osnabrück. In der Sitzung am heutigen Tag entscheidet der Rat über die Zukunft der Schullandschaft in Osnabrück. Die Fraktion DIE LINKE. spricht sich für die Gründung von zwei neuen integrierten Gesamtschulen aus und fordert dies in einem Änderungsantrag. Die Verwaltungsvorlage sieht die Gründung einer Oberschule am Standort Innenstadt, sowie die Gründung einer weiteren Oberschule oder einer integrierten Gesamtschule an einem noch zu ermittelnden Standort vor. „Nur durch eine IGS wird die Vielseitigkeit der Schüler*innen geschätzt und eine funktionierende Inklusion ermöglicht.“, begründet Heidi Reichinnek, schulpolitische Sprecherin, den Änderungsantrag. Weiter: „Das veraltete Modell der Oberschulen und die Fortsetzung des dreigliedrigen Schulsystems lehnen wir ab.“

Verzicht auf Glyphosat in Osnabrück

Osnabrück. Gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe UWG/Piraten bringt die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag zum Verzicht auf Glyphosat in den Rat ein. Das Pflanzengift Glyphosat steht nicht nur im Verdacht krebserregend zu sein, sondern entzieht durch die Vernichtung von Wildpflanzen Insekten das Nahrungsangebot. „Wir fordern, dass bei der zukünftigen Verpachtung von städtischen Flächen ein Verzicht auf Glyphosat und Neo-Nikotionoide vertraglich abgesichert wird.“ erläutert Giesela Brandes-Steggewentz den Antrag und betont, dass im Antrag festgehalten wird, dass die Stadt, die Eigenbetriebe und die Tochtergesellschaften auch künftig auf den Einsatz dieser Mittel verzichten werden.

Gelebte Solidarität im Stadtrat – Gemeinsames Zeichen gegen GroKo Pläne aus Hannover

Osnabrück. Die große Koalition aus SPD und CDU in Hannover plant die Mindestgröße der Fraktionen von zwei auf drei zu erhöhen. Im Koalitionsvertrag findet sich dieses Vorhaben unter dem Punkt „Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung“. „Es ist mehr als zynisch dieses Vorhaben als „Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung zu verkaufen. Dies ist ein massiver Angriff auf alle kleinen Parteien in den Kommunen im Land!“, kommentiert Ratsmitglied Heidi Reichinnek den Plan der neuen Landesregierung.

Ohne den Fraktionsstatus verlieren die demokratisch gewählten Ratsmitglieder wichtige Rechte zur Ausübung ihrer demokratischen Rolle. Neben den Fraktionsgeschäftsstellen, die maßgeblich die ehrenamtliche Tätigkeit unterstützen, gibt es keine Möglichkeit der Akteneinsicht mehr und nur noch das Recht auf ein Grundmandat (Rede- und Antragsrecht) in einem einzigen Fachausschuss. Dabei geht es auch um Arbeitsplätze in den Fraktionsgeschäftsstellen.

„Hier versuchen die großen Parteien sich die unliebsame Opposition in den Räten vom Hals zu schaffen. Ein widerlicher Angriff auf die Demokratie, der nur so strotzt vor Überheblichkeit und Arroganz.“, äußert sich Brandes-Steggewentz. Weiter: „Wir sind sehr froh über die gelebte Solidarität der „kleinen“ Fraktionen in Osnabrück und hoffen auf ein starkes Signal an die Landesregierung in Hannover.“